



Zwischenbericht

zu den per Ende März 2018 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 6. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 2871.1 - 15775 am 6. Juni 2018 beraten.

1. Eintretensdebatte und Vorbehalt

Gemäss Titel geht es um einen Zwischenbericht, mit dem der Regierungsrat in der Vergangenheit regelmässig Fristverlängerungen für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen beantragt und begründet hat.

Seit letztem Jahr wird aber gleichzeitig die Abschreibung von Motionen beantragt, was die Stawiko nicht akzeptiert. Es entspricht nicht einer transparenten Geschäftserledigung, mit einer Beilage zum Zwischenbericht in der Spalte «Begründung zur Fristerstreckung» kurz zu begründen, wieso eine durch den Kantonsrat erheblich oder teilweise erheblich erklärte Motion als erledigt abzuschreiben sei. Dazu ist nach Ansicht der Stawiko weiterhin ein separater Bericht und Antrag an den Kantonsrat zu stellen. Dies ist auch wichtig für die Materialien und den späteren Nachvollzug eines Geschäftes.

2. Detailberatung und Anträge

Die Stawiko beantragt Ihnen Folgendes:

1. einstimmig, den Fristerstreckungen der fälligen parlamentarischen Vorstösse gemäss den Einzelanträgen in der Beilage zur Vorlage Nr. 2871.1 - 15775 zuzustimmen;
2. Mit 13 Nein- zu 1 Ja-Stimme bei 1 Enthaltung, die Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug vom 14. August 2008 (Vorlage Nr. 1714.1 - 12821) **nicht** als erledigt abzuschreiben;
3. Mit 7 Nein- zu 6 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments vom 29. Januar 2015 (Vorlage Nr. 2477.1 - 14872) **nicht** als erledigt abzuschreiben;

Unterägeri, 6. Juni 2018

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Die Präsidentin: Gabriela Ingold